



Ökumenischer Migrationsdienst (ÖMD)

Ein Dienst in gemeinsamer Trägerschaft des
Caritasverbandes Karlsruhe e.V. und des Diakonischen Werkes Karlsruhe

Mitarbeiterinnen: Petra Mols (Teamleitung), Tel.: 0721 / 91243-19
p.mols@caritas-karlsruhe.de

Ines Aracic
Eva Dengler
Tamara Hillens
Nicole Noack
Marek Schneider
Iria Villhauer

Finanzierung: Eigenmittel der Träger, Bundesmittel, Landesmittel,
kommunale Mittel, kirchliche Mittel, Spenden

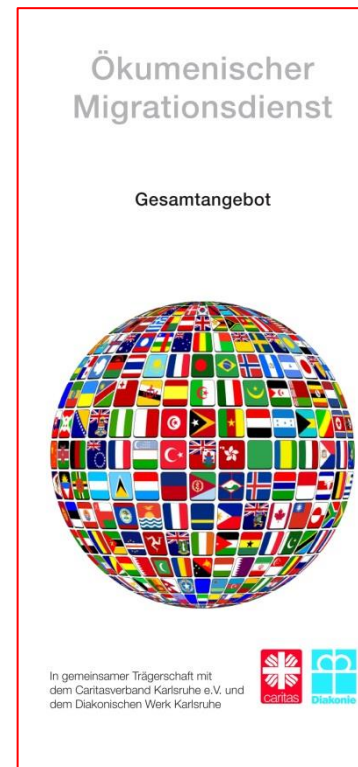
1. Kurzbeschreibung des Arbeitsbereiches

Der Ökumenische Migrationsdienst (ÖMD), als kirchliche Fachberatungsstelle für Migrant*innen mit Wohnsitz in der Stadt Karlsruhe, ist seit 2012 Teil des Beratungszentrum Caritashaus. Seit 34 Jahren ist er Anlaufstelle für Personen mit migrationsspezifischen Fragestellungen. Über die Jahre veränderte und erweiterte sich das Beratungsangebot des ÖMD gemäß den Bedarfen der zuwandernden Menschen nach Karlsruhe. Aktuell stehen den Kund*innen folgende Beratungsangebote zur Verfügung:

- **Flüchtlings- und Migrationsberatung (100%):**
Frau Aracic, Frau Mols, Frau Villhauer
- **Integrationsmanagement (100%):**
Herr Schneider
- **Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer MBE (50 %):** Frau Aracic, Frau Villhauer
- **Begleitung und Beratung im Übergangwohnheim (40 %):** Frau Noack
- **Rückkehrberatung und Rückkehrhilfen (50 %):**
Frau Dengler
- **Verwaltung / Clearing 45 %:** Frau Hillens

Die fachlichen Beratungsaufgaben des ÖMD können wie folgt zusammengefasst werden: die integrative, aufenthaltsverfestigende und bei Bedarf rückkehrfördernde ganzheitliche Beratung und Begleitung von Migrant*innen. Somit können alle Fragestellungen zum Thema Migration, - von der Einreise bis zur Ausreise, - innerhalb eines Dienstes fachspezifisch beraten werden.

Erste Anlaufstelle des ÖMD ist das Clearing, wo alle eingehenden Fragen angenommen, koordiniert und an den entsprechenden Fachberatungsdienst im ÖMD wei-



ter geleitet werden. Die individuelle, vertrauliche und ergebnisoffene Beratung findet im Rahmen von offenen, externen und internen Sprechzeiten, sowie nach Terminvereinbarungen statt.

Unterstützt und ergänzt wird das Beratungsangebot des ÖMD durch die im Beratungszentrum Caritashaus ansässige diözesane Fachberatung Familienzusammenführung und weitere Fachberatungsdienste, wie beispielsweise die Schuldnerberatung oder die Beratung bei Trennung und Scheidung.

Neben den hauptamtlich besetzten Fachberatungen organisiert der ÖMD unter Einsatz von ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen integrative Gruppenangebote für Migrant*innen und ermutigt Migrant*innen an den Regelangeboten des hausinternen Familienzentrums teilzunehmen.

2. Darstellung der Arbeitsschwerpunkte im laufenden Jahr

In der **Flüchtlings- und Migrationsberatung** stieg die Anzahl der Kunden auf 209 an, was darin begründet liegt, dass in diesem Beratungsbereich neben Personen im laufenden Asylverfahren, vor allem auch die Gruppe der Personen nach abgelehntem Asylverfahren beraten wird. Hauptgruppe der beratenen Kund*innen waren wie im Vorjahr Menschen, die als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge einreisten. Die Struktur der Flüchtlings- und Migrationsberatung änderte sich deutlich und übernahm langsam Themen der MBE-Beratung.

Neben nach wie vor vielen Beratungsanfragen zur Aufenthaltsrechtlichen Lage (ca. 50%), gab es in diesem Bereich vermehrt Fragen zu Themen wie Sozialleistungen und Wohnungssicherung. Dies entspricht der Situation, dass viele Kunden, die damals als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge einreisten, die Volljährigkeit oder die maximale Altersgrenze für die Jugendhilfeförderung erreichten und mit der Phase der Verselbständigung anfangen.

In 2018 gab es viele Fragestellungen zur Ausbildungsduldung. Die Zahl der erteilten Genehmigungen stimmte nicht mit der Zahl der gestellten Anträge überein. Meistens lag das Problem bei mangelnden Identitätsnachweisen. Unter den jungen Flüchtlingen herrschte ein Ohnmachtsgefühl: der schulische Abschluss ist absolviert, aber weder eine Arbeit noch eine weitere Bildung war für sie möglich.

Immer attraktiver wurde die Beratung bezüglich den Möglichkeiten zur Beantragung einer Niederlassungserlaubnis, - vor allem für anerkannte Flüchtlinge, welche die privilegierte Möglichkeit haben, schon nach drei Jahren rechtmäßigem Aufenthalt in Deutschland einen unbefristeten Aufenthaltstitel bei guter Integration zu beantragen.



Seit 15.04.2018 existiert das **Integrationsmanagement** in den Übergangwohnheimen der Stadt Karlsruhe. In den Übergangwohnheimen leben neben Spätaussiedlerfamilien, Flüchtlingsfamilien mit unterschiedlichstem Aufenthaltsstatus. Die Arbeit des Integrationsmanagements richtete sich an Kunden mit Aufenthaltsstatus und Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive.

Es wurde eine regelmäßige Sprechstunde vor Ort angeboten, sowie Begleitung und Unterstützung bei Ämter- und Behördengängen.

Die Hauptaufgabe des Integrationsmanagements war es, den „Einstieg“ in ein Leben in einem neuen Land zu organisieren und vielleicht auch zu erleichtern. Zu der Organisation des Neuanfangs in Deutschland gehörte u.a. die Beantragung von Leistungen (Jobcenter, Sozialamt...), die Klärung des aufenthaltsrechtlichen Status, die Anmeldung zur Krankenversicherung, Kindergarten- bzw. Schulplätze für die Kinder und Sprachschulen für die Erwachsenen finden. Der Arbeitsbereich wurde durch das Land Baden-Württemberg und die Stadt Karlsruhe finanziert.

Im Beratungsbereich der bundesgeförderten **Migrationsberatung für Erwachsene Zuwanderer (MBE)** nahmen dieses Jahres die Anfragen von EU-Bürger*innen zu - vor allem von Ehegatt*innen der bereits zugewanderten Ausländer*innen, sowie von den Drittstaatler*innen, deren Partner*innen ein Freizügigkeitsrecht EU hier genießen.

Insgesamt waren 115 Migrant*innen in der Beratung, welche von der MBE-Beraterin in 630 Sitzungen begleitet wurden.

Die Anfragen zu Familienzusammenführung nahmen wie im Vorjahr über das ganze Jahr zu. Hier wurde die MBE wegen Unterstützung bei der Antragstellung, sowie wegen Kontaktaufnahme mit den zuständigen Botschaften und der örtlichen Ausländerbehörde angefragt, mit dem Ziel das Verfahren möglicherweise zu beschleunigen. Seit der neuen gesetzlichen Regelung der Familienzusammenführung zu subsidiär Schutzberechtigten im August dieses Jahres sind auch hier die Anfragen gestiegen. Dieses Phänomen hat auch dazu geführt, dass in den Auslandsvertretungen der Herkunftsländer vermehrt Anträge zu bearbeiten waren und sich die Bearbeitungszeiten verlängerten. In einigen Fällen der Visabearbeitung kam es zu Wartezeiten von bis zu 2 oder 3 Jahren. Das führte zu Unsicherheiten sowie Ungeduld seitens der Kund*innen.

Zu Ende des Jahres erhöhten sich die Anfragen bezüglich Integrationskurse und nach wie vor, sorgte sich ein großer Teil der Kund*innen um die Möglichkeiten der finanziellen Versorgung, die oft für gerade eingereiste, mehrköpfige Familien schwierig war.



Das Beratungsangebot **Rückkehrberatung und Rückkehrhilfen** wurde von rückkehrinteressierten Drittstaatsangehörigen mit Wohnsitz in der Stadt Karlsruhe auch im Jahr 2018 regelmäßig nachgefragt. Personen hatten aus unterschiedlichen Gründen Interesse oder einen Bedarf an einer Beratung zu einer Rückkehr in ihr Heimatland oder einer Weiterwanderung in ein aufnahmeberechtigtes Land.

So ließen sich Kund*innen beispielsweise infolge fehlender individueller Perspektiven in Deutschland, familiärer oder gesundheitlicher Gründe, aufgrund von Heimweh aber auch wegen bestehenden Ausreiseverpflichtungen beraten.

Die Beratungsinhalte waren ausführliche Auseinandersetzungen mit der jeweiligen persönlichen Situation, Unterstützung bei der Organisation von Reisedokumenten sowie der konkreten Organisation der Rückreise. Ebenso wurden die rückkehrinteressierten Personen über individuelle Fördermöglichkeiten und -programme informiert und durch diese bei der Rückkehr und Reintegration unterstützt.

Dabei wurde die Rückkehr jeweils intensiv vorbereitet, teilweise Existenzgründungen sowie Reintegrationsmaßnahmen vorbereitet und durchgeführt.

Die Beratung gestaltete sich ergebnisoffen und vertraulich.

Die Soziale Beratung und Begleitung im **Übergangswohnheim (ÜWH)** konnte sich im Jahr 2018 wieder vermehrt auf die Durchführung und Planung verschiedener Projekte und Aktionen konzentrieren. So gab es zum Beispiel zwei Sozial-Kompetenz-Trainings, die über mehrere Wochen mit einer Gruppe von Kindern durchgeführt wurden. Außerdem veranstaltete der ÖMD ein Herbstfest im ÜWH, in dessen Rahmen das 20-jährige Bestehen des Kindertreffs gefeiert wurde. Bei der Aktion „Meinen Platz in Karlsruhe finden“ bemalten Kinder und Eltern Stühle mit Motiven, die sie mit ihrem Leben in Karlsruhe verbinden. Diese Stühle wurden beim Herbstfest vorgestellt. Für die Bewohner*innen des ÜWH konnte 2018 ein Sprachkurs vor Ort installiert werden, der von zwei ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen 1mal pro Woche durchgeführt wird.



Auch das Beratungsangebot vor Ort wurde von den Bewohner*innen weiter wahrgenommen. So konnte die Projektleiterin im Jahr 2018 (Stand 30.11.18) rund 37 Bewohner*innen beraten und bei Bedarf an weitere Beratungsdienste weiterleiten. In 442 Beratungskontakten wurden vor allem folgende Themen besprochen (sortiert nach Häufigkeit): Familie/ Erziehung, Schule/ Beruf, Hilfe bei Kontakt zu Ämtern/ Institutionen/ sozialen Leistungen, Gesundheit/ Krankheit/ Schwangerschaft, Ausländerrecht/ Statusfragen.

Die Bewohner*innen im ÜWH kamen auch 2018 aus vielen verschiedenen Herkunftsländern, sodass die Projektleiterin mit Menschen aus rund 12 verschiedenen Ländern in Kontakt stand. Der Großteil davon aus Syrien und Afghanistan.

3. Was uns dieses Jahr besonders aufgefallen ist

Mit dem Eintritt der Volljährigkeit bei vielen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, stieg die Beratungskomplexität in der **Flüchtlings- und Migrationsberatung** nochmals an. Außerdem erweiterte sich das Netzwerk der Unterstützung sehr schnell und das Jugendamt fungierte nicht mehr als Hauptansprechpartner. Der Anstieg der Komplexität der Anfragen wurde durch mehrere Faktoren verursacht, wie z.B. gesetzlich ermöglichte Erwerbstätigkeit nach längerem Aufenthalt, abgeschlossenen Bildungsmaßnahmen, Wechsel von der Jugendhilfe in die Sozialhilfe, Gründung der eigenen Familie/Elternsein, erfolgreiche bzw. scheiternde Integration in der Gesellschaft, eingeschränkte Integrationsmöglichkeiten durch nicht vorhandene, aber erforderliche Identitätsnachweise.

Nicht weniger komplex waren die Beratungsanfragen der minderjährigen Kund*innen, begleitet von ihrem Vormund. Hier ist zu erwähnen, dass die Vormundschaften oft von Verwandten oder später einreisenden leiblichen Eltern übernommen wurden, die selbst noch Orientierung in Deutschland suchten. Zusätzlich zeichnete sich der Trend ab, dass Personen zunehmend aus anderen Gebieten bzw. Bundesländern nach Karlsruhe zuzogen, in der Hoffnung eine Arbeit bzw. einen Ausbildungsplatz zu finden. Diese Personen benötigten bei ihrem Vorhaben ebenfalls Unterstützung.

Die Kund*innen im **Integrationsmanagement** waren hauptsächlich Familien, welche als Kontingentflüchtlinge nach Deutschland eingereist sind. Ein beispielhafter Fall war ein Ehemann, der für die Bundeswehr in Afghanistan übersetzt hatte. Nach

seiner Tätigkeit waren er und seine Familie in großer Gefahr und mussten mit Verfolgung rechnen, da er mit westlichen Truppen kooperiert hatte. Die Hauptherkunftsländer waren Syrien, Afghanistan (jeweils 16 % der Kunden) und der Irak. Die Familien waren zumeist erst seit ca. 2 Wochen in Deutschland, wenn sie in ein Übergangwohnheim in Karlsruhe einzogen. Sie hatten im Vorfeld keinerlei Erfahrung mit der deutschen Gesellschaft.

Das Beratungsangebot wurde von den Bewohnern der ÜWHs stark genutzt (377 Sitzungen). Die Beratungsinhalte waren sehr unterschiedlich. Hauptsächlich waren es jedoch ausländerrechtliche Fragen (14% der Problemstellung), Hilfe im Umgang mit deutschen Behörden (20%), Informationen zu Sprachkursen (8%) und Wohnungssuche (12%).



Viele der Kund*innen im Integrationsmanagement waren besonders vulnerable Personen. Oft lag eine chronische Erkrankung vor. Der reibungslose Ablauf bei den Behörden ist somit sehr wichtig, um einen schnellen Versicherungsschutz und eine entsprechende Versorgung zu gewährleisten. Es zeigte sich, dass eine intensive Begleitung, als erster Schritt des Integrationsprozesses, bei diesem Personenkreis erforderlich war. Vor allem die Begleitung bei Behördengängen zeigte, dass in vielen Fällen keinerlei Verständnis für deutsche Verwaltungstechniken bestand und viele Kund*innen großen Respekt und Ängste vor Behörden hatten, mit denen sie im Herkunftsland oft schlechte Erfahrungen gemacht hatten.

Durch die komplexen Problemlagen in vielen der Familien war eine gute Vernetzung mit anderen internen und externen Fachbereichen sehr wichtig. Die meisten Netzwerkkontakte wurden aufgrund der kurzen Dienstwege innerhalb des ÖMD mit der Flüchtlings-Migrationsberatung und der MBE gepflegt. Externe Kooperationspartner waren das Büro für Integration, die Koordinierungsstelle für Aussiedler und Flüchtlinge und der soziale Dienst Bezirksgruppe Südwest. Außerdem gab es gute Kontakte zur Migrationsbeauftragten des Jobcenter Karlsruhe und zum Sachbearbeiter für Flüchtlinge bei der AOK in Karlsruhe.

Besonders hervorzuheben ist die sehr gute Zusammenarbeit mit der Leitung der Übergangwohnheime der Stadt Karlsruhe, und dem Büro für Integration. Daneben ist die Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Dolmetschern ein sehr wichtiger Bestandteil der Arbeit. Vor allem die Zusammenarbeit mit dem Dolmetscherpool des IB war intensiv und hilfreich bei Behördengängen und Antragstellungen..

Im Jahr 2018 war die Zahl der Beratenen in der **Migrationsberatung für Erwachsene Zuwanderer** noch immer sehr hoch, trotz personalvakanter Zeit zu Anfang des Jahres. Die Beratungsgespräche erfolgten teilweise unter erschwerten sprachlichen Bedingungen, da einige Kund*innen noch nicht über ausreichende Sprachkenntnisse verfügten.

In den Beratungen stieg der Anteil der Flüchtlinge mit irakischer Staatsangehörigkeit an. Außerdem hat sich der Anteil der beratenen Frauen erhöht, was teilweise auf den Elternnachzug oder auf erfolgte Einreisen zu sich hier aufhaltenden Ehegatten im Rahmen von Familienzusammenführungen zurückzuführen ist.

Darüber hinaus wurden viele schwangere und meistens künftig alleinerziehende Kundinnen durch externe Fachberatungsstellen an uns vermittelt. Zum großen Teil sprechen wir über Kundinnen, die legal eingereist waren, aber mit der Schwangerschaft ihre Voraussetzung für den derzeitigen Aufenthalt verloren hatten. Oft stellte sich die Frage, ob eine Aufenthaltssicherung über das Kind ermöglicht werden kann.

Im Jahr 2018 haben sich im Projekt „**Rückkehrberatung und Rückkehrhilfen**“ Veränderungen bezüglich des Kund*innenkreises ergeben. So waren es im Vergleich zu den beiden Vorjahren deutlich weniger unbegleitete Minderjährige, die bezüglich einer Rückkehr oder Weiterwanderung beraten wurden. Dies liegt daran, dass im Stadtbezirk viele unbegleitete minderjährige Ausländer*innen jetzt die Volljährigkeit erreicht haben. Die beratenen Kunden*innen waren im Jahr 2018 besonders oft junge Erwachsene oder auch ältere Personen. Ebenso war ein großer Anteil unter den Rückkehrinteressierten dem vulnerablen Personenkreis zuzuordnen. Die Beratungsdauer sowie der Aufwand der einzelnen Fälle nehmen stetig zu.

Im Verlauf des Jahres gab es mehrere Anfragen von Personen, die beabsichtigten in Kriegs- und Krisenländer zurückkehren. Einige beratene Kunden*innen waren noch unentschieden oder entschieden sich mehrfach wieder um. Es zeigte sich, dass es gerade bei der Rückkehr in unsichere Gebiete notwendig ist, die Personen ausführlich zu beraten, ihnen die nötige Zeit zu geben und sie in ihrem Entscheidungsprozess insbesondere durch fundierte Informationen bezüglich der Situation im Herkunftsland und geeignete Fördermöglichkeiten zu unterstützen. Hierfür war die Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) hilfreich.



Rückkehrländer 2018

Das gesamte Beratungsfeld der freiwilligen Rückkehr erfuhr im Jahr 2018 viel Bewegung: Veränderungen in den Förderbedingungen und –möglichkeiten und Verbesserungen bei der Informationsbeschaffung durch das Informationsportal zu freiwilliger Rückkehr „Returning from Germany“, der intensiven Vernetzung von verschiedenen Akteuren, wie das Land Baden-Württemberg, dem BAMF, der IOM und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und einer Vielzahl spezifischer Weiterbildungs- und Informationsmöglichkeiten. Es gibt eine große Heterogenität unter den Herkunftsländern, was eine sorgfältige Beratung und Vorbereitung jeder einzelnen Rückkehr bzw. Reintegration notwendig macht.

Seit diesem Jahr wird die Rückkehrberatung auch durch Reintegrations-Scouts der GIZ unterstützt, insbesondere bei der Beschaffung individueller Informationen und Reintegrationsangeboten im Rückkehrland.

In der Sozialen Beratung und Begleitung im **Übergangswohnheim** fiel 2018 besonders positiv auf, dass ein Großteil der Bewohner*innen die die Beratung besuchten, sich sehr schnell selbstständig organisierte und die Beratung zwar weiter als Unterstützung wahrnahm, jedoch ohne von der Hilfe der Beraterin abhängig zu sein. Auch halfen Bewohner*innen die schon länger im ÜWH leben den neu Eingezogenen bei der Orientierung, oder begleiteten diese z.B. zur Beratung um zu übersetzen. Weiterhin fiel auf, dass die Arbeit vor Ort durch den Integrationsmanager sehr gut ergänzt werden konnte und sich die Zusammenarbeit der beiden Arbeitsbereiche sehr gut eingespielt hat.

4. Das Wichtigste zusammengefasst

Im Laufe des Jahres nahmen Fragen zur Ausbildungsduldung in der **Flüchtlings- und Migrationsberatung** deutlich zu. Das Thema Ausbildungsduldung und die damit zusammenhängende Möglichkeit der Aufenthaltssicherung war vor allem nach negativ abgeschlossenen Asylverfahren angefragt. Aufgrund fehlender Dokumente aus den Heimatländern, die im Rahmen der Identitätsklärung nach negativem Abschluss des Asylverfahrens notwendig sind, war die Zahl der erteilten o.g. Aufenthaltserlaubnisse kaum gestiegen. Im kommenden Jahr ist jedoch eine Änderung zu erwarten, da die neue Regelung mit der Möglichkeit der Ausbildungsduldung für Ausbildungen im Bereich Alten- und Krankenpflegehelfer für Baden-Württemberg kürzlich bekanntgegeben wurde.

Für kommendes Jahr ist wieder mit vielen Anpassungen in diesem Bereich zu rechnen, da sich die Kund*innenbedürfnisse sowie die rechtlichen Grundlagen schnell und manchmal unvorhersehbar ändern.

Das **Integrationsmanagement** in der Stadt Karlsruhe wurde von den Bewohner*innen der Übergangwohnheime sehr gut angenommen. Durch regelmäßige Sprechstunden vor Ort und aufsuchende Arbeit werden die Familien intensiv unterstützt. Die Beratungsinhalte waren vielfältig. Durch die gute Vernetzung des Ökumenischen Migrationsdienstes und des Büro für Integration konnten alle Bedarfe der Kunden gedeckt werden.

Die Unterstützung durch ehrenamtliche Dolmetscher hat sich als unentbehrlich herausgestellt. Für das Jahr 2019 ist geplant einen ÖMD-internen Ehrenamtspool aufzubauen, um Begleitungen zu Behörden und Dolmetschereinsätze intern zu organisieren. Die Zusammenarbeit mit den Behörden verlief in der Regel gut. Schwierigkeiten konnten, mit Hilfe des Büros für Integration, angesprochen werden.

Die **Migrationsberatung für Erwachsene Zuwanderer** war dieses Jahr von vielen internen, sowie externen Faktoren beeinflusst und eingeschränkt, was sich im ersten Halbjahr auch im Beratungsangebot bemerkbar machte. Die Beratung hatte einen längeren Ruhestand. Nichtsdestotrotz blieb die Zahl der Beratenen relativ hoch. Sehr auffällig war die oft schlechte finanzielle Lage der Kund*innen, - vor allem dann, wenn die Anträge auf Aufenthaltserteilung lange Zeit in Bearbeitung waren. Über 40% der Kunden bezogen ALG II-Leistungen und die Kundschaft im Leistungsbezug nach SGB XII verdoppelte sich. Die Beratung zu finanzieller Versorgung wird auch in 2019 zentraler Bestandteil der MBE sein. Die Zahl der erwerbstätigen Kund*innen stieg im Vergleich zum Vorjahr um 6%, jedoch waren die Einkommen oft nicht ausreichend zur Existenzsicherung. So hatten die Kund*innen nur einen geringen Anreiz trotz niedrigem Einkommen bei vergleichbaren Sozialleistungen weiterhin in beruflicher Tätigkeit zu bleiben.



ÖMD-Team (v.li.):
(hinten) Marek Schneider, Eva Dengler,
Petra Mols, Ines Aracic
(vorn) Tamara Hillens, Nicole Noack

Der Beratungsbereich „**Rückkehrberatung und Rückkehrhilfen**“ wurde auch im Jahr 2018 regelmäßig nachgefragt. Die beratenen Kunden*innen hatten aus unterschiedlichen Gründen den Wunsch dauerhaft und meist auch gut vorbereitet in das Heimatland zurückzukehren. So ließen sich Kunden*innen beispielsweise infolge fehlender individueller Perspektiven in Deutschland, familiärer oder gesundheitlicher Gründe, aufgrund von Heimweh aber auch wegen bestehenden Ausreiseverpflichtungen beraten.

Die Bedingungen in den Herkunftsländern waren sehr heterogen, was eine intensive und sorgfältige Beratung und Vorbereitung der Rückkehr bzw. Reintegration notwendig machte.

Im Jahr 2018 haben sich mehrere Kunden*innen zur Rückkehr in Kriegs- bzw. Krisengebiete beraten lassen und waren dabei teilweise noch unentschieden. Ebenso wurden mehrfach Personen aus dem vulnerablen Personenkreis beraten. Insgesamt lassen sich auf diese beiden Faktoren ein steigender Beratungsaufwand und die angestiegene Anzahl der Beratungssitzungen bei einigen Fällen zurückführen.

Im Bereich der Rückkehrberatung gab es in diesem Jahr einige Veränderungen. Dies betraf die Förderbedingungen und die Möglichkeiten bei der Rückkehr und Reintegration, sowie Verbesserungen und Neuerungen bei der Informationsbeschaffung und Weiterbildungs- und Schulungsangeboten

Die Arbeit im **Übergangswohnheim** ist nach wie vor sehr wichtig und wird von den Bewohner*innen sehr gut angenommen. Dadurch, dass sie feste Ansprechpartner*innen vor Ort haben, finden sich die Bewohner*innen schneller an ihrem neuen Wohnort zurecht und wissen, wo sie in akuten Situationen Unterstützung finden können.

Ines Aracic, Eva Dengler, Tamara Hillens, Petra Mols, Nicole Noack, Marek Schneider

Jahresstatistik 2018 Beratungszentrum Caritashaus
 Ökumenischer Migrationsdienst (ÖMD)

Beratungskontakte:

Kund*innen	Beratungskontakte
416	4.000

5-Jahres-Vergleich „Kund*innen“:

2014	2015	2016	2017	2018
405	372	324	384	416

5-Jahres-Vergleich „Beratungskontakte“:

2014	2015	2016	2017	2018
3.173	3.016	2.893	4.176	4.000

Beratungsbereiche (Mehrfachnennungen möglich):

Allgem. Fragen	Arbeit	Aufenthalt	Problem mit Behörde	Beziehungsproblem	Finanzen	Gesundheit	Statusrechtl. Fragen	Wohnen	Sonstiges
0	22	90	27	27	76	28	0	59	100

Geschlecht:

männlich	weiblich
313	103

Alter:

bis 18	19-25	26-35	36-50	51-65	über 65	keine Angaben
98	87	101	85	30	9	6

Familienstand:

ledig	verheiratet	Lebens-Partnerschaft	verwitwet	getrennt lebend	geschieden	keine Angaben
205	110	6	6	8	21	60

Einkommen (Mehrfachnennungen möglich):

Lohn	Alg 1	Alg 2	Sozialhilfe	Krankengeld	Unterhalt	Rente	Sonstiges	keine Angaben
54	1	53	50	0	0	5	0	253

Zugang durch:

Eigeninitiative	Familie / Freunde	andere Berat. Dienste	Arbeitgeber	Arzt / Krankenkasse	Behörde	Kirche	Medien	Sonstige	keine Angabe
39	42	25	1	1	63	15	6	74	147